

Mitglieder		Bemerkungen
Höfer, Monika	CDU	
Holländer-Pracejus, Elke	CDU	
Hoster, Jan Kristian	FDP/FWO	
Hünermund, Bruno	CDU	
Konzelmann, Thorsten	SPD	
Krämer, Dieter	FWO	
Kuech, Hans Willi	CDU	
Kühn, Antina	GRÜNE	
Kühr, Rolf	SPD	ab 16:00 Uhr
Langusch, Harald	CDU	
Mahler, Ursula	SPD	
Marquardt, Jürgen	CDU	
Mederlet, Frank	SPD	
Mertens, Hans Helmut	CDU	
Müller, Günter	CDU	bis 18:10 Uhr
Müller, Reinhold	FDP/FWO	
Nicodemus, Konrad	SPD	
Osterberg, Axel	CDU	
Reinecke, Peter	CDU	
Rommel, Frank	GRÜNE	
Rogowski, Jürgen Paul	SPD	bis 18:20 Uhr
Sax, Siegfried	CDU	bis 18:10 Uhr
Schäfer, Helmut	GRÜNE	
Schäfer, Rolf	CDU	
Schmitz, Paul-Gerhard	CDU	
Schramm, Karl-Heinz	SPD	
Schuchardt-Kaganietz, Doris	SPD	
Schuffert, Wolfgang	CDU	
Söhnchen, Uwe	GRÜNE	
Stahl, Wilhelm	SPD	
Stricker, Günter	CDU	
Theuer, Annelie	SPD	
Vach, Karl Heinz	UWG	
Wilke, Friedrich Dr.	FDP/FWO	
Wurth, Ralf	SPD	

Entschuldigte Mitglieder		
Ahus, Margit	CDU	
Flosbach, Klaus-Peter	CDU	
Stefer, Michael	CDU	

Teilnehmer Verwaltung	
Landrat	Hagen Jobi
Allgemeiner Vertreter	Jochen Hagt
KK	Werner Krüger
LKMD	Dr. Jorg Nürnberg
LKBD	Volker Dürr
KRD	Dr. Christian Dickschen
KORR	Klaus Grootens

Gäste:
keine

Die Niederschrift führt Kreisamtsrat Andre Steiniger.

Landrat Jobi eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Er stellt fest,

1. dass unter dem 30.08.2007 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von KTM Reinhold Müller mit unterzeichnet wird.

Nachdem der Kreistag auf Hinweis von Landrat Jobi dem verstorbenen ehemaligen Kreistagsmitglied Heinz Siemerkus gedacht hat, weist Landrat Jobi darauf hin, dass zur Sitzung eine Einwohnerfrage von Frau Michaela Merz zum Thema „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)“ vorliegt.

Außerdem weist er darauf hin, dass sich der Kreisausschuss darauf verständigt habe, den TOP „Überlegungen zu möglichen Kooperationen zwischen der Kreiskrankenhaus Gum-

mersbach GmbH und der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH“ von der Tagesordnung abzusetzen und anstelle dessen ein Bericht über die Baumaßnahmen am Berufskolleg Wipperfürth erfolgen werde. Zudem sei den Kreistagsmitgliedern am 11.09.2007 der 4. Nachtrag zur Sitzung, der die Behandlung einer Vergabe einer Stromlieferung vorsehe, übersandt worden.

Abschließend schlägt Landrat Jobi vor, die Tagesordnungspunkte 7.4 und 8.1 sowie den hierzu vorliegenden Änderungsantrag, die sich mit der Novellierung des Sparkassenrechts befassen, ebenso gemeinsam zu behandeln wie die Tagesordnungspunkte 7.1 und 8.2 sowie den hierzu vorliegenden Änderungsantrag, die sich mit dem Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)" befassen. Da zu TOP 7.1 zudem – wie bereits oben erwähnt - auch eine Einwohnerfrage von Frau Michaela Merz vorliege, empfiehlt er weiter, auch diese in dem Zusammenhang mit abzuhandeln. Frau Merz habe zu diesem Vorgehen ihre Zustimmung bereits signalisiert.

Landrat Jobi weist darauf hin, dass der Westdeutsche Rundfunk (WDR) darum gebeten habe, Bildaufnahmen in der heutigen Kreistagssitzung anzufertigen. Nachdem der Kreistag die Absicht des WDR zustimmend zur Kenntnis genommen hat, stellt der Kreistag abschließend die Tagesordnung in der Fassung des 4. Nachtrages vom 11.09.2007 unter zustimmender Zurkenntnisnahme der Dringlichkeit der Vergabe der Stromlieferung für die Gebäude der Kreisverwaltung sowie unter Billigung der von Landrat Jobi vorgeschlagenen Vorgehensweise wie folgt fest:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Bauliche Erweiterung des Berufskollegs Oberberg - Wipperfürth - hier: Vorstellung der bisherigen Maßnahmen	0163/2007/V
2	SGB II Änderungsgesetz Weitergabe der Haushaltsverbesserungen an die kreisangehörigen Kommunen	0152/2007/II
3	Gemeinsame LEADER-Bewerbung der Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald, Wipperfürth, des Wupperverbandes und des Oberbergischen Kreises für das Regionale-Projekt "Wasserquintett"	0144/2007/V

4	Verkauf von RWE-Aktien (Umsetzung des Kreistags-Grundsatzbeschlusses vom 15.03.2007) hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	0134/2007/II
5	Folgen der vorgeschlagenen Änderung des § 107 GO NW für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen, an denen der Oberbergische Kreis beteiligt ist	0105/2007/II
6	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
6.1	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0164/2007/LR/AV
7	Anträge	
7.1	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2007: "Resolution zum Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)" hierzu: Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 10.09.2007	0159/2007/IV
7.2	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007: "Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs"	0160/2007/V
7.3	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007: "Erarbeitung eines Klimaschutzprogrammes" hierzu: Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 10.09.2007	0161/2007/III
7.4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Novellierung des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalens" hierzu: Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 12.09.2007	0165/2007/II

8	Anfragen	
8.1	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.07.2007: "Geplante Änderungen im Sparkassenrecht und die Auswirkungen für die im Kreis tätigen Sparkassen" (Behandlung unter TOP 7.4)	0125/2007/II
8.2	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.08.2007: "Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)"" (Behandlung unter TOP 7.1)	0157/2007/IV
8.3	Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 03.09.2007: "Auswirkungen der Blauzungenkrankheit im Oberbergischen Kreis"	0158/2007/III
8.4	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Pflegebericht des MDK vom 31. August 2007"	0166/2007/IV
8.5	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Schließung der Nebenstellen des Kreises"	0167/2007/LR/AV
8.6	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.09.2007: "Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit""	0168/2007/IV
9	Mitteilungen	
9.1	Terminplanung/Sitzungskalender 2008	0123/2007/LR/AV
9.2	Bericht über ausgeführte Kreistagsbeschlüsse	0124/2007/LR/AV
9.3	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0149/2007/LR/AV
10	Einwohnerfragen	
10.1	Einwohnerfrage von Frau Michaela Merz vom 03.09.2007: "Auswirkungen des Inkrafttretens des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) auf die Kindergartenbeiträge" (Behandlung unter TOP 7.1)	0162/2007/IV
B Nichtöffentlicher Teil		
11	Personalangelegenheiten	
12	Grundstücksangelegenheiten	
13	Vertragsangelegenheiten	

14	Vergaben	
14.1	Bauliche Erweiterung des Berufskollegs Oberberg - Wipperfürth -	
14.1.1	Entscheidung über die Beauftragung einer schlüsselfertigen Errichtung eines Schulgebäudes	0154/2007/V
14.1.2	Entscheidung über die Beauftragung zur Erstellung einer Parkplatzanlage und Nivellierung des Geländes	0155/2007/V
14.2	Bau eines Kreisverkehrsplatzes in der K 52, Wiehl - Marienhagen	0156/2007/V
14.3	Vergabe der Stromlieferung für die Gebäude des Oberbergischen Kreises	0169/2007/II
15	Anträge	
16	Anfragen	
17	Mitteilungen	

A Öffentlicher Teil

Zu TOP 1:	Bauliche Erweiterung des Berufskollegs Oberberg - Wipperfürth - hier: Vorstellung der bisherigen Maßnahmen	0163/2007/V
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>LKBD Dürr berichtet über den aktuellen Sachstand der baulichen Erweiterung des Berufskollegs Oberberg - Wipperfürth. Die von ihm eingesetzte Powerpoint-Präsentation ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.</p>	

Zu TOP 2:	SGB II Änderungsgesetz Weitergabe der Haushaltsverbesserungen an die kreisangehörigen Kommunen	0152/2007/II
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 1:</p> <p>Der Kreistag des Oberbergischen Kreises stimmt der Auszahlung der Mehreinnahmen aus der Neuverteilung der Mittel aus der Wohngeldentlastung des Landes NRW (Grundsicherung nach dem SGB II - Änderungsgesetz zum Landesausführungsgesetz NRW vom 19.06.2007) an die kreisangehörigen Städte/Gemeinden in Höhe von 4,215 Mio. € - abzüglich der dem Kreis entstandenen Mehrkosten für Kassenkreditzinsen infolge des Verzichts auf eine entsprechende Erhöhung der Kreisumlage in 2006 - zu (Forderung der Bezirksregierung Köln in der Genehmigungsverfügung des Haushalts 2007 vom 24.07.2007).</p> <p>Der abzuziehende Zinsbetrag beläuft sich auf 210.487,73 €, so dass eine Summe von 4.004.512,27 € zur Ausschüttung zur Verfügung steht.</p>		

Zu TOP 3:	Gemeinsame LEADER-Bewerbung der Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald, Wipperfürth, des Wupperverbandes und des Oberbergischen Kreises für das Regionale-Projekt "Wasserquintett"	0144/2007/V
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	

Beschluss Nr. 2:

Der Oberbergische Kreis stimmt dem gebietsbezogenen integrierten ländlichen Entwicklungskonzept der Region Wasserquintett zu und nimmt gemeinsam mit den Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald, Wipperfürth und dem Wupperverband an der LEADER-Bewerbung teil.

Der Oberbergische Kreis wird im Rahmen seiner Möglichkeiten und unter Berücksichtigung seiner Aufgaben alles daran setzen, öffentliche bzw. private Kofinanzierungsmittel für die Durchführung der geplanten Projekte zu beschaffen.

Zu TOP 4:	Verkauf von RWE-Aktien (Umsetzung des Kreistags-Grundsatzbeschlusses vom 15.03.2007) hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	0134/2007/II
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	

Beschluss Nr. 3:

Der Kreistag genehmigt gemäß § 50 Abs. 3 Kreisordnung (KrO) folgende, von Herrn Landrat Jobi, Herrn Kreisausschussmitglied Biesenbach und Herrn Kreisausschussmitglied Wurth am 19.06.2007 getroffene Dringlichkeitsentscheidung:

**„Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 Kreisordnung (KrO)
zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 15.03.2007 (Verkauf von RWE-
Aktien)**

Der Oberbergische Kreis veräußert seinen Besitz an RWE-Aktien aufgrund des vorstehend dargestellten Sachverhaltes wie folgt:

Verkauf in drei Tranchen zu je 17.400 Stück

Verkauf Tranche 1: sofort, zum Tageskurs

Verkauf Tranche 2: Mitte/Ende September, bis dahin Absicherung mittels kostenneutraler Put- und Calloption (angestrebte Bandbreite: 77,00 – 84,00 €)*

Verkauf Tranche 3: Mitte/Ende Dezember, bis dahin Absicherung mittels kostenneutraler Put- und Calloption (angestrebte Bandbreite: 77,00 – 85,00 €)*

*Die Laufzeiten der Optionen und die Bandbreite der Absicherung sind vom Tageskurs an der Börse abhängig.“

Zu TOP 5:	Folgen der vorgeschlagenen Änderung des § 107 GO NW für die Geschäftstätigkeit der Unternehmen, an denen der Oberbergische Kreis beteiligt ist	0105/2007/II
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>An der Diskussion beteiligen sich die KTM Dreiner-Wirz, H. Schäfer und Biesenbach. Dabei erklärt KTM Dreiner-Wirz zu Protokoll, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion die Auswirkungen einer evtl. Änderung des § 107 GO - insbesondere vor dem Hintergrund des durch den Kreistag abgelehnten Antrags der SPD-Kreistagsfraktion in der Kreistagssitzung am 15.03.2007 (TOP 9.3, Vorlagennummer 0067/2007/LR/AV) sowie aufgrund der Beratungen in der Kreistagssitzung am 06.06.2007 – auf die kommunalen Unternehmen nicht anlasten lassen werde.</p>	

Zu TOP 6:	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
------------------	---	--

Zu TOP 6.1:	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0164/2007/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	

Beschluss Nr. 4:

1. Anstelle von KTM Dr. Corinna Sibylle Banek (SPD) wird KTM Michaela Engelmeier-Heite (SPD) als ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
2. Anstelle von KTM Engelmeier-Heite (SPD) wird KTM Dr. Corinna Sibylle Banek (SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Zu TOP 7:	Anträge	
------------------	----------------	--

Zu TOP 7.1:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2007: "Resolution zum Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)"	0159/2007/IV
--------------------	---	---------------------

	<p>Landrat Jobi weist auf die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte Verfahrensregelung hin und schlägt dem Kreistag folgenden Ablauf des Tagesordnungspunktes vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Behandlung der Einwohnerfrage von Frau Merz. <ol style="list-style-type: none"> 1.1. Begründung der Einwohnerfrage (max. 5 Min.) 1.2. Beantwortung durch die Verwaltung 1.3. ggf. Nachfragen von Frau Merz (max. 2 Fragen) 1.4. Beantwortung durch die Verwaltung – soweit möglich 2. Begründung der SPD-Anfrage 3. Beantwortung der Verwaltung. Rückfragen werden später in 	
--	---	--

der Debatte beantwortet.

4. Begründung des Antrages der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
5. Begründung des gemeinsamen Änderungsantrags von CDU und FDP/FWO
6. ggf. Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen
7. Aussprache
8. Abstimmung (hierbei ist zuerst über den Antrag von CDU und FDP/FWO (§ 24 IV GeschO) abzustimmen.)

Der Kreistag nimmt den Vorschlag **zustimmend zur Kenntnis**.

zu 1.) Nachdem Frau Merz die Einwohnerfrage begründet hat, beantwortet LKMedD Nürnberger die Anfrage ebenso wie eine weitere, von Frau Merz gestellte, Nachfrage.

zu 2. + 3.) KTM Engelmeier-Heite begründet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion, die von LKMedD Dr. Nürnberger beantwortet wird.

zu 4.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Kinder sind unsere Zukunft. Jedes Kind hat das Recht auf bestmögliche Förderung und Entwicklung in der Gemeinschaft, die es befähigt, das eigene Leben mit guten Startvoraussetzungen selbstverantwortlich zu meistern.

Der Oberbergische Kreis stellt sich dieser Aufgabe der Förderung von Kindern und unterstützt Eltern nach Kräften bei der oft schwierigen Aufgabe der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Die wachsenden Anforderungen gerade auch an die frühkindliche Bildung und Betreuung machen ein zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlich. Dies gilt insbesondere für ein besseres Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Denn trotz all unserer Bemühungen, kann der Bedarf noch immer nicht gedeckt werden.

Wesentliche Rahmenbedingungen für die Förderung von

Kindern werden durch das nordrhein-westfälische Kindergartenengesetz gesetzt. Der Kreistag begrüßt grundsätzlich die Absicht, ein neues Kinderbildungsgesetz zu entwickeln, das den heutigen Anforderungen an die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern besser gerecht als der bisherige gesetzliche Rahmen.

Das Familienministerium, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Kommunalen Spitzenverbände und die Kirchen haben in einjähriger Arbeit ein Konsenspapier zur Gestaltung des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) erstellt und im Februar öffentlich gemacht. Leider fanden die erarbeiteten Eckpunkte jedoch nicht vollständig Eingang in den Gesetzentwurf, der gegenwärtig vom Landtag NRW beraten wird. Deswegen hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege diesen Konsens inzwischen aufgekündigt.

Inzwischen haben viele Verbände von Erzieherinnen, Elternvertretungen, Familienverbände und nicht zuletzt die Einrichtungsträger erhebliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf, der im Juni 2007 in den Landtag eingebracht wurde. Es muss festgestellt werden, dass auch aus unserer Sicht erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht.

Deswegen fordert der Oberbergische Kreistag den Landtag auf, den Entwurf zum „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiz-NRW) in seiner bisherigen Form nicht anzunehmen und zumindest in den folgenden Punkten zu überarbeiten:

1. Die künftigen Finanzierungsgrundlagen müssen von realen Zahlen ausgehen. Ein Elternbeitragsaufkommen von 19% der Gesamtkosten, das Grundlage der Berechnung für die Zuschüsse ist, wird nicht erzielt. Im Landesdurchschnitt beträgt das Elternbeitragsaufkommen etwa 13 - 14%. Auf dieser Basis muss die Gesamtfinanzierung gestaltet werden.
2. Das Land darf seine finanzielle Beteiligung an Ganztagsangeboten nicht deckeln. Sollte das Land sich – wie geplant – nur an einer Finanzierung beteiligen, wenn ein

Anteil von 25% Ganztagsplätzen an der Gesamtplatzzahl unterschritten wird, ist eine bedarfsgerechte Entwicklung nicht gewährleistet. Das Land muss sich auch an Betreuungsangeboten finanziell beteiligen, die über die vorgesehenen max. 45 Stunden hinausgehen. (je nach örtlichem Angebot: Bereits heute bieten viele Einrichtungen 50 Wochenstunden und mehr an.)

- 3. Um Benachteiligungen von Kindern, die in finanzschwachen Kommunen leben, zu vermeiden, bedarf es landeseinheitlicher Standards bei der Betreuungsqualität. Deswegen ist vor allem eine Festlegung von maximalen Gruppengrößen und einer definierten Relation von Kinderzahl zu Erzieher/Erzieherin notwendig.**
- 4. Die Kommunalen Spitzenverbände haben 2006 gemeinsam das Modell einer Gruppenpauschale entwickelt, die auch Gegenstand einer Konsensvereinbarung zwischen Land, Trägern und Kommunen vom Februar 2007 war. Die Gruppenpauschale war mit definierten Standards im Sinne von Punkt 3 hinterlegt, die allerdings gegenüber dem Ist-Zustand bereits eine Verschlechterung darstellen, gerade in der U 3 Betreuung. Der Kreistag fordert den Landtag auf, zum Konsens zurückzukehren, die im Gesetzentwurf vorgesehene Kopfpauschale abzulehnen und den Betreuungsstandard bei der U 3 Betreuung (Kleine altersgemischte Gruppe) zu halten.**
- 5. Der Oberbergische Kreistag begrüßt die Bemühungen von Unternehmen, für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Betriebskindergärten einzurichten und zu unterhalten. Die Familien können sich auch tagsüber am Arbeitsplatz sehen und Pausen miteinander verbringen. Dies fördert den Familienzusammenhalt, das Engagement im Betrieb und kann nicht zuletzt auch zu einem verbesserten Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren führen. Deswegen ist der Landtag aufgefordert, Betriebe wie bisher (§ 20 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder) als Empfänger öffentlicher Zuschüsse für Betriebskindergärten vorzusehen.**
- 6. Elternräte sind ein wichtiges Gestaltungselement bei der**

institutionalisierten Kinderbetreuung. Elternräten müssen auch zukünftig die bisherigen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte eingeräumt werden, wie dies im Kinder- und Jugendhilfegesetz (3 22a, Absatz 2, letzter Satz) auch vorgesehen ist.

Der Landrat wird gebeten, diesen Beschluss dem Landtag Nordrhein-Westfalen zu übermitteln und über die Gremien der Kommunalen Spitzenverbände auf die notwendigen Änderungen hinzuwirken.“

KTM Hein begründet den Resolutionsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

zu 5.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Förderung und Betreuung unserer Kinder, ihre Bildung und Erziehung, gehören zu den wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben überhaupt. Gemeinsam mit den Eltern, Erzieherinnen und Erziehern, den Tagespflegekräften und allen anderen in der Betreuung, Bildung und Förderung Tätigen sowie den Trägern von Einrichtungen ist der Kreistag des Oberbergischen Kreises daran interessiert, dass Kinder die bestmöglichen Bedingungen erhalten.

Wir sind uns einig, dass die Betreuung von Kindern in Einrichtungen und Tagespflegestellen qualitativ verbesserungsfähig ist und quantitativ erhöht werden muss, um die bestmögliche Förderung für alle Kinder zu erreichen und allen Kindern die besten Startchancen auf ihrem Weg durch die Schule und sind eigenständige Leben zu ermöglichen.

Insofern begrüßen wir die Bemühungen, die bestehende Gesetzeslage zu verbessern:

- 1. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises unterstützt dazu nachdrücklich die in der Landtagsanhörung zum KiBiz am 28./29. August 2007 von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände vorgetragene Position.**

Für den Oberbergischen Kreis stellt der im Februar 2007 vereinbarte Konsens nach wie vor eine tragfähige Grundlage zur Umgestaltung der Finanzierung der Kinderbetreuung im Elementarbereich dar.

2. Der Oberbergische Kreis unterstützt insbesondere folgende kommunale Forderungen:

- a) Eindeutige gesetzgeberische Klarstellung, dass sich die Kindpauschale entsprechend vom Konsens von Ende Februar 2007 aus den Gruppentypen I bis III entwickelt und die Bildung der Gruppen im Einvernehmen mit dem Jugendamt erfolgt.**
- b) Anhebung der bislang im Gesetzentwurf vorgesehenen Fördersumme für die Sprachförderung in Höhe von 340 Wuro z.B. durch situationsbezogene Zuschläge sowie Verbesserung bei Standards und Förderung von Familienzentren.**
- c) Aufnahme der wesentlichen Eckpunkte zur Finanzierung der Umsetzung im KiBiz selbst und nicht lediglich in einer Verfahrensverordnung, und zwar einschließlich der Stichtagsregelung für die Betreuung der Unterdreijährigen.**
- d) Spürbare Verstärkung der Revisionsklausel.**
- e) Rückkehr zu einer landeseinheitlichen Beitragstabelle für die Elternbeiträge sowie zu einem partnerschaftlichen Ausgleich der Beitragsdefizite, soweit – wie im Regelfall – 19 % Elternbeiträge nicht erreicht werden.“**

zu 7.) Nachdem KTM R. Müller den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und FDP/FWO-Kreistagsfraktion zurückzieht, übernimmt KTM Wurth den gemeinsamen Resolutionstext von CDU und FDP/FWO als Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion gegenüber dem Resolutionsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die KTM H. Schäfer, Dr. Wilke und Biesenbach. Auf Bitte von KTM Biesenbach unterbricht Landrat Jobi die Sitzung.

Sitzungsunterbrechung von 16:30 Uhr bis 16:45

	<p>Nach einem weiteren Wortbeitrag von KTM R. Müller stellt Landrat Jobi zunächst den Änderungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Abstimmung. Der <u>Kreistag</u> fasst mit den Stimmen der CDU und Teile der FDP/FWO mit 27 Nein- und 26 Ja-Stimmen folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 5:</p> <p>Der Resolutionsantrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)", der inhaltlich dem ursprünglichen Resolutionsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion entspricht, wird abgelehnt.</p>	
	<p>Anschließend stellt Landrat Jobi den Resolutionsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst mit den Stimmen von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion bei einer Stimmenthaltung der UWG-Kreistagsfraktion folgenden</p>
<p>Beschluss Nr. 6:</p> <p>Der Resolutionsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)" wird abgelehnt.</p>	

Zu TOP 7.2:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007: "Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs"	0160/2007/V
	<p>Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p>„Die Verwaltung erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit der ARGE Oberberg, den Kommunen und engagierten Verbänden und Einrichtungen sowie dem Verkehrsverbund eine Bescheinigung/einen Pass für Bedürftige zur verbilligten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs um so deren Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.“</p> <p>KTM Söhnchen begründet der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. An der weiteren Diskussion beteiligen sich die KTM Frielingsdorf und Wurth. Dabei regt KTM Frielingsdorf an, den Antrag zur weiteren Beratung zunächst an den Kreientwicklungsausschuss zu verweisen.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 7:</p> <p>Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007 zum Thema: „Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs“ wird zur weiteren Beratung an den Kreientwicklungsausschuss verwiesen.</p>		

Zu TOP 7.3:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007: "Erarbeitung eines Klimaschutzprogrammes"	0161/2007/III
	<p>Landrat Jobi weist auf die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte Verfahrensregelung hin und schlägt dem Kreistag folgenden Ablauf des Tagesordnungspunktes vor:</p> <p>1. Begründung des Antrages der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>	

2. **Begründung des gemeinsamen Änderungsantrags von CDU und FDP/FWO**
3. **ggf. Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen**
4. **Aussprache**
5. **Abstimmung (hierbei ist zuerst über den Antrag von CDU und FDP/FWO (§ 24 IV GeschO) abzustimmen.)**

Der Kreistag nimmt den Vorschlag **zustimmend zur Kenntnis**.

zu 1.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Oberbergische Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf, gemeinsam mit den Umweltverbänden, den Kommunen des Kreises und dem Kreisumweltausschuss ein umfassendes Klimaschutzprogramm für Oberberg zu erarbeiten.

Das Klimaschutzprogramm umfasst alle für den Klimaschutz relevanten Politikfelder.

Hierzu gehören u.a.:

- **eine klimaverträgliche Energiepolitik**
- **eine klimaverträgliche Verkehrspolitik**
- **eine klimaverträgliche Flächen- und Baupolitik**

Einzubeziehen sind bei der Umsetzung der „Klimaschutzoffensive Oberberg“ insbesondere die Wirtschaft, alle Bildungsträger sowie die kommunalen Verwaltungen.“

KTM H. Schäfer begründet den Resolutionsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er betont, dass seine Fraktion auch dem vorliegenden Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion zustimmen könne

zu 2. – 4.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. **„Die Verwaltung wird gebeten, für die von ihr genutzten Liegenschaften eine Zielvorgabe für eine CO₂-Einsparung von durchschnittlich mindestens 1 % pro Jahr zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung zuzuleiten.**

2. Im Übrigen wird der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Oberberg zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen. Federführend ist der Ausschuss für Umwelt, Landschaftsschutz und Verbraucherfragen.“

Nachdem KTM R. Müller den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion begründet hat, signalisiert KTM Wurth die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion. Er bittet jedoch, den Resolutionstext unter Ziffer 1 nach den Worten „...1 % pro Jahr“ um die Worte „pro genutztem m³“ zu ergänzen, da eine CO²-Einsparung nicht durch die Veräußerung von Liegenschaften erreicht werden dürfe. Nachdem die Fraktionen von CDU und FDP/FWO ihre Zustimmung zu der redaktionellen Änderung signalisieren, stellt Landrat Jobi den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion zur Abstimmung.

zu 5.) Der Kreistag fasst unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderung zu Ziffer 1 des Resolutionstextes einstimmig folgenden

Beschluss Nr. 8:

1. Die Verwaltung wird gebeten, für die von ihr genutzten Liegenschaften eine Zielvorgabe für eine CO₂-Einsparung von durchschnittlich mindestens 1 % pro Jahr pro genutztem m³ zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung zuzuleiten.
2. Im Übrigen wird der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Oberberg zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen. Federführend ist der Ausschuss für Umwelt, Landschaftsschutz und Verbraucherfragen.

Zu TOP 7.4:	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Novellierung des Sparkassengesetzes Nordrhein-Westfalens"	0165/2007/II
	<p>Landrat Jobi weist auf die vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmte Verfahrensregelung hin und schlägt dem Kreistag folgenden Ablauf des Tagesordnungspunktes vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Begründung der Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2. Beantwortung der Verwaltung. Rückfragen werden später in der Debatte beantwortet. 3. Begründung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion 4. Begründung des gemeinsamen Änderungsantrags von CDU und FDP/FWO 5. Aussprache 6. Abstimmung (hierbei ist zuerst über den Antrag von CDU und FDP/FWO (§ 24 IV GeschO) abzustimmen.) <p>Der <u>Kreistag</u> nimmt den Vorschlag zustimmend zur Kenntnis.</p> <p>zu 1. – 2.) KTM H. Schäfer begründet die Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die von Landrat Jobi mündlich beantwortet wird.</p> <p>zu 3.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p style="padding-left: 40px;">„Der Kreistag des Oberbergischen Kreises schließt sich inhaltlich der in Anlage beigefügten Stellungnahme des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes (RSGV) zum Arbeitsentwurf des Sparkassengesetzes vom 8. Mai 2007 – beschlossen auf der 74. Verbandsversammlung des RSGV am 27. August 2007 – an.</p> <p style="padding-left: 40px;">Der Landrat, die Landtagsabgeordneten aus dem Oberbergischen Kreis und alle Kreistagsmitglieder werden vom Kreistag aufgefordert, sich in Sinne dieser Stellungnahme einzusetzen.“</p>	

KTM Rogowski begründet den Resolutionsantrag der SPD-Kreistagsfraktion.

zu 4.) Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Ankündigung des Finanzministers des Landes NRW, das nordrhein-westfälische Sparkassenrecht zu modernisieren, dabei an der rechtlich selbständigen, kommunal getragenen Sparkasse und damit auch am bewährten deutschen dreigliedrigen Bankensystem festzuhalten, hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises mit großer Zuversicht zur Kenntnis genommen.

Er dankt dem Finanzminister für die Zusicherung wie für die bereits im Arbeitsentwurf enthaltene Klarstellung, dass sich das Thema einer Privatisierung nicht stellt.

Die Details der Ausgestaltung der geplanten Novellierung obliegt dem Landtag, nicht dem Kreistag Oberberg. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises erwartet von der Novelle, dass sie bei den grundlegenden Entscheidungen folgenden Aspekten folgt:

- 1. Die Entscheidungen des Geschäftsbetriebs der Sparkasse obliegen auch künftig den jeweiligen Instituten als rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Unternehmen.**
- 2. Die Eigenverantwortlichkeit umfasst auch die Entscheidungen zum Kredit- und Liquiditätsmanagement.**
- 3. Über die Höhe der Ausschüttungen einer Sparkasse entscheidet alleine die Trägervertretung.**
- 4. Bei der Höhe der Ausschüttung ist die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sparkasse zu berücksichtigen.**
- 5. Die Entscheidung über die Verwendung der Ausschüttungen einer Sparkasse obliegt allein der Trägervertretung.“**

KTM Frielingsdorf begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion.

zu 5.) An der weiteren Diskussion beteiligen sich die KTM Wurth, Dr. Wilke und H. Schäfer.

zu 6.) Nachdem Landrat Jobi ankündigt, zunächst den Änderungsantrag von CDU- und FDP/FWO-Kreistagsfraktion zur Abstimmung zu stellen, erklärt KTM Wurth zu Protokoll, dass seine Fraktion den Änderungsantrag nicht als solchen anerkenne. Der Antrag sei vielmehr als eigenständiger materieller Antrag anzusehen. Für den Fall, dass Landrat Jobi an den erwähnten Abstimmungsmodalitäten festhalte, beantragt er für seine Fraktion geheime Abstimmung.

Nach weiteren Wortbeiträgen der KTM Frielingsdorf, H. Schäfer und Hahn unterbricht Landrat Jobi zur Vorbereitung der geheimen Abstimmung die Sitzung.

Sitzungsunterbrechung von 17:40 Uhr bis 17:50

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung stellt der Schriftführer fest, dass das notwendige Quorum für eine geheime Abstimmung aufgrund des Antrags der SPD-Kreistagsfraktion erfüllt sei und bittet die Fraktionen um Benennung von Wahlhelfern. Nachdem die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Sitze verlassen und im Zuschauerraum Platz genommen haben, werden von den übrigen Fraktionen folgende Kreistagsmitglieder als Wahlprüfer benannt:

Frielingsdorf, Konrad	für die CDU-Kreistagsfraktion
Schuchardt-Kaganietz, Doris	für die SPD-Kreistagsfraktion
---	für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hoster, Jan Kristian	für die FDP/FWO-Kreistagsfraktion
Großer, Arnold	für die UWG-Kreistagsfraktion

Der Schriftführer erläutert weiter, dass die Aufgabe der Wahlprüfer darin bestehe, die Stimmen auszuzählen und das Ergebnis dem Vorsitzenden mitzuteilen. Bei der geheimen Abstimmung sei durch die Abgabe von Stimmzetteln zu entscheiden. Da es sich bei der geheimen Abstimmung um einen Beschluss nach § 35 Abs. 1 KrO handele, dürfe der Stimmzettel nur mit „Ja“, „Nein“ oder „**Enthaltung**“ gekennzeichnet werden. **Ungültig** sei eine Stimme, die einen Zusatz, einen Vorbehalt oder eine Bedingung enthalte oder den zweifelsfreien Willen des Abstimmenden nicht erkennen lasse. Eine **Stimmenthaltung** sei auch gegeben, wenn

der Stimmzettel unbeschriftet sei oder trotz Anwesenheit nicht abgegeben werde. Die Stimme werde hierdurch nicht ungültig.

Nach den Erläuterungen ruft Landrat Jobi die Kreistagsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet sie, einen Stimmzettel entgegenzunehmen und diesen nach der Kennzeichnung in die dafür aufgestellte Wahlurne zu werfen.

Im Anschluss an die Stimmabgabe und die Frage an die Kreistagsmitglieder, ob alle ihre Stimmen abgegeben haben, nehmen die Wahlprüfer die Stimmauszählung vor.

Die Stimmauszählung führt zu folgendem Ergebnis:

abgegebene Stimmen insgesamt	49
ungültige Stimmen insgesamt	..0
gültige Stimmen insgesamt	49
mit „ Ja “ haben gestimmt	30
mit „ Nein “ haben gestimmt	19
Stimmhaltungen	..0

Nachdem die Wahlprüfer Landrat Jobi das Ergebnis mitgeteilt haben, verkündigt dieser das Ergebnis und stellt fest, dass der Kreistag mit **30 Ja- und 19 Nein-Stimmen** folgenden Beschluss gefasst habe:

(Hinweis: Die Niederschrift über die geheime Wahl ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.)

Beschluss Nr. 9:

Die Ankündigung des Finanzministers des Landes NRW, das nordrhein-westfälische Sparkassenrecht zu modernisieren, dabei an der rechtlich selbständigen, kommunal getragenen Sparkasse und damit auch am bewährten deutschen dreigliedrigen Bankensystem festzuhalten, hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises mit großer Zuversicht zur Kenntnis genommen.

Er dankt dem Finanzminister für die Zusicherung wie für die bereits im Arbeitsentwurf enthaltene Klarstellung, dass sich das Thema einer Privatisierung nicht stellt.

Die Details der Ausgestaltung der geplanten Novellierung obliegt dem Landtag, nicht dem Kreistag Oberberg. Der Kreistag des Oberbergischen Kreises erwartet von der Novelle, dass sie bei den grundlegenden Entscheidungen folgenden Aspekten folgt:

1. Die Entscheidungen des Geschäftsbetriebs der Sparkasse obliegen auch künftig den jeweiligen Instituten als rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Unternehmen.
2. Die Eigenverantwortlichkeit umfasst auch die Entscheidungen zum Kredit- und Liquiditätsmanagement.
3. Über die Höhe der Ausschüttungen einer Sparkasse entscheidet alleine die Trägervertretung.
4. Bei der Höhe der Ausschüttung ist die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sparkasse zu berücksichtigen.
5. Die Entscheidung über die Verwendung der Ausschüttungen einer Sparkasse obliegt allein der Trägervertretung.

KTM H. Schäfer gibt zu Protokoll, dass sich die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht an der Abstimmung beteiligt habe, da sie diese als eine Farce erachte. Der Begriff des Änderungsantrages werde hier zu Gunsten der Mehrheitsfraktion missbraucht.

KTM Rogowski fügt hinzu, dass der Kreistag eine Chance vertan habe, sich für die kommunalen Sparkassen nachhaltig einzusetzen.

Zu TOP 8:	Anfragen	
Zu TOP 8.1:	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.07.2007: "Geplante Änderungen im Sparkassenrecht und die Auswirkungen für die im Kreis tätigen Sparkassen"	0125/2007/II
	Die Anfrage wurde bereits unter TOP 7.4 behandelt.	
Zu TOP 8.2:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 31.08.2007: "Entwurf des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)""	0157/2007/IV
	Die Anfrage wurde bereits unter TOP 7.1 behandelt.	
Zu TOP 8.3:	Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion vom 03.09.2007: "Auswirkungen der Blauzungenkrankheit im Oberbergischen Kreis"	0158/2007/III
	KTM R. Müller begründet die Anfrage der FDP/FWO-Kreistagsfraktion und bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Verwaltung.	
Zu TOP 8.4:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Pflegerbericht des MDK vom 31. August 2007"	0166/2007/IV
	<p>KTM Wurth bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Verwaltung und bittet, die noch ausstehenden Antworten im Ausschuss für Soziales und Familie nachzureichen, sobald der Verwaltung die entsprechenden Informationen vorliegen.</p> <p>KTM Frielingsdorf regt darüber hinaus an, einen Vertreter des MDK zu der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Familie einzuladen und um Berichterstattung zu bitten.</p>	

Zu TOP 8.5:	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 06.09.2007: "Schließung der Nebenstellen des Kreises"	0167/2007/LR/AV
	KTM Wurth begründet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion und bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Verwaltung.	

Zu TOP 8.6:	Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.09.2007: "Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit""	0168/2007/IV
	KTM Hein begründet die Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Verwaltung. Sie regt an, den Arbeitskreis OGS Mittagessen erneut einzuberufen, um das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit abzustimmen. Weitere Erläuterungen trägt LKMedD Dr. Nürnberger vor.	

Zu TOP 9:	Mitteilungen	
------------------	---------------------	--

Zu TOP 9.1:	Terminplanung/Sitzungskalender 2008	0123/2007/LR/AV
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift). Nach Ausführungen von Landrat Jobi nimmt der <u>Kreistag</u> die Terminplanung 2008 zur Kenntnis .	

Zu TOP 9.2:	Bericht über ausgeführte Kreistagsbeschlüsse	0124/2007/LR/AV
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift). Nach Ausführungen von Landrat Jobi nimmt der <u>Kreistag</u> den Bericht zur Kenntnis .	

Zu TOP 9.3:	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	0149/2007/LR/AV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der Kreistag nimmt eine Mitteilung von Landrat Jobi, dass aufgrund eines Schreibens der Kreispolizeibehörde vom 13.06.2007 Herr Harald Gaadt anstelle von Herrn Claus Wierling zum ordentlichen Mitglied des Jugendhilfeausschusses bestellt wurde, zustimmend zur Kenntnis.</p>	

Zu TOP 10:	Einwohnerfragen	
-------------------	------------------------	--

Zu TOP 10.1:	Einwohnerfrage von Frau Michaela Merz vom 03.09.2007: "Auswirkungen des Inkrafttretens des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) auf die Kindergartenbeiträge"	0162/2007/IV
	Die Einwohnerfrage wurde bereits unter TOP 7.1 behandelt.	

gez.

Hagen Jobi

- Vorsitzender -

gez.

Reinhold Müller

- Kreistagsmitglied -

gez.

Andre Steiniger

- Schriftführer -